

# **Marktwirtschaft ohne Kapitalismus**

## **Von der Akkumulation und Konzentration der Wirtschaft zu ihrer Dezentralisierung**

### **Zusammenfassung**

Werner Onken

### **Vorbemerkung**

In den zurückliegenden vier bis fünf Jahrzehnten war es möglich, sich in noch halbwegs ‚ruhigen‘ Zeiten mit alternativen Ideen zu einer sozial- und umweltverträglichen Reform der Wirtschaft zu beschäftigen. Im Rahmen meiner hauptamtlichen Tätigkeit für die „Stiftung für Reform der Geld- und Bodenordnung“ habe ich die einmalige Chance gehabt, hierbei mit zahlreichen ehrenamtlich engagierten Menschen zusammenzuarbeiten und das Engagement für idealistische Ziele zum Beruf zu machen. Mit diesem Buch möchte ich „etwas zurückgeben“.

Spätestens seit der Weltfinanzkrise von 2008 und der Eurokrise ab 2011 verschärfen sich die ungelösten sozialen Krisen, die zunehmenden Extremwetterereignisse sind Symptome einer Verschärfung der ökologischen Krise und mit dem Konflikt zwischen Russland und der Ukraine ist sogar der Krieg nach Europa zurückgekehrt. Alle Bereiche der größer werdenden Gesamtkrise verknüpfen sich zu einem einzigen großen Problemknäuel. Die Stimmungen in der Gesellschaft werden unübersichtlicher, aufgeregter und obendrein noch durch Fake News aufgeheizt. Deshalb erschien es mir sinnvoll, eine Zwischenbilanz der oben genannten bisherigen sozialreformerischen Bestrebungen zu ziehen und sie noch einmal systematisch – auch in ihrem historischen Kontext – darzustellen. Insbesondere wollte ich zeigen, dass die Vorschläge zur Reform von Geld- und Bodenordnung sowie der Unternehmensverfassung in dem Wunsch nach einer Verwirklichung von Menschenrechten, Demokratie und Frieden verwurzelt sind. Mit vielfältigen Bezügen zu anderen Denkrichtungen in der Ökonomie und Soziologie wollte ich für Menschen, die aus ganz verschiedenen Denkrichtungen kommen und nach möglichen Lösungen aus der großen Krise

suchen, Zugänge zu diesen Reformvorschlägen öffnen. Dadurch ist dieses zwischen 2010 und 2020 entstandene Buch sehr umfangreich geworden, so dass in der Printausgabe eine Einteilung in drei Bände angebracht war.

## Gesamtübersicht

Der **Band 1** umfasst sieben Kapitel, in denen die Entwicklung der ökonomischen Theorien von Klassik und Marxismus ebenso dargestellt wird wie die ersten Ansätze zu einer Dezentralisierung des Kapitals bei den Frühsozialisten, Pierre Proudhon und John Stuart Mill. Der Band 1 enthält auch eine Darstellung der nichtmarxistisch-bürgerlichen Kapitalismuskritik von Soziologen wie Max Weber, Georg Simmel und Werner Sombart sowie eine Übersicht über unorthodoxe Denkansätze, die in Anknüpfung an Proudhon und Mill deren Gedanken zur Dezentralisierung des Kapitals durch Geld- und Bodenreformen weiterentwickelten und die nach einer ebenso freiheitlichen wie gerechten Alternative zu Kapitalismus und Kommunismus suchten.

Aus der Perspektive dieser Reformansätze werden im **Band 2** die Hauptströmungen in der bürgerlich-kapitalistischen und der marxistischen Ökonomie während der 1920er bis 1940er Jahre dargestellt. Im Focus stehen hier die Theorien der Neoklassik, des Organisierten Kapitalismus von Rudolf Hilfering und Fritz Naphtali, von Joseph A. Schumpeter, John Maynard Keynes und Karl Polanyi sowie eine Auseinandersetzung mit der Wirtschaftsideologie des Nationalsozialismus. Außerdem werden in diesem Band die Theorien des Ordoliberalismus und der Small-is-beautiful-Bewegung dargestellt, die das Ziel einer Dezentralisierung der Wirtschaft eigenständig und unabhängig von ihren Vorläuferbewegungen anstrebten – aber es letztlich noch verfehlten. Schließlich werden der globale Aufstieg des modernen Finanzmarktkapitalismus und die kritischen Gegenbewegungen einschließlich der Bewegungen der Mitarbeiterunternehmen im Westen und der Arbeiterselbstverwaltung im ehemaligen Jugoslawien dargestellt.

Im **Band 3** geht es um den Versuch, sich in der unübersichtlich gewordenen Gegenwart mit besonderer Berücksichtigung der neueren Negativzinsentwicklung zu orientieren und anhand ausgewählter Beispiele Blicke auf das weite Spektrum von linksintellektuellen und dumpfen rechtspopulistischen Gegenpositionen zur globalisierten kapitalistischen Marktwirtschaft zu werfen und die Reformen von Geld- und Bodenordnung sowie Unternehmensverfassung in der Mitte dieses Spektrums zu verorten. Im Anschluss daran wird der gegenwärtige Stand der Diskussionen über die „Realutopie einer Marktwirtschaft

ohne Kapitalismus“ dargestellt. Und zu guter Letzt geht es um ihre demokratietheoretischen Implikationen, um einen Bezug zu neueren Transformations-theorien und um die Frage, ob die gegenwärtige Corona-Pandemie auch eine Chance für die notwendige systemische Transformation in eine zweite Moderne sein könnte.

## Band 1

Meine Ausgangsfragen lauten: Welche Hoffnungen und Ziele hatten die Philosophen von Humanismus und Aufklärung sowie die Ökonomen des klassischen Liberalismus, als sie die hierarchische Feudalgesellschaft hinter sich ließen und nach Freiheit – Gleichheit – Brüderlichkeit in einer egalitären, herrschaftsfreien und demokratischen Bürgergesellschaft strebten? Warum ist in der Entwicklung der Moderne so vieles anders gekommen? Warum hat sich auch die moderne Bürgergesellschaft wie vormals die Feudalgesellschaft hierarchisch entwickelt? Warum ist anstelle eines gesamtgesellschaftlich homogenen, egalitär-klassenlosen Dritten Standes eine neue Herrschaft der Großbourgeoisie über Kleinbürgertum und lohnabhängigem Proletariat entstanden?

### Hierarchische Herrschaftspyramiden vs. egalitäre Bürgergesellschaft

- |  |   |
|--|---|
| ● Feudale Herrschaftspyramide  | ▲ |
| ● Erste Moderne mit der Hoffnung auf einen egalitären Dritten Stand                                  | — |
| ● Kapitalistische Herrschaftspyramiden mit   |   |
| a) dem „Kapitalismus der freien Konkurrenz“ und  | ▲ |
| b) dem „Organisierten Monopolkapitalismus“   | ▲ |
| ● Totalitäre Herrschaftspyramiden von  |   |
| a) Kommunismus   | ▲ |
| b) Faschismus und Nationalsozialismus  | ▲ |
| ● Ordoliberaler Idee einer „vollständigen Konkurrenz“ auf rechtlich geordneten monopolfreien Märkten | — |
| ● Restauration der kapitalistischen Herrschaftspyramide als  |   |
| a) „Soziale Marktwirtschaft“ bzw. rheinischer Kapitalismus   | ▲ |
| b) angelsächsischer Finanzmarktkapitalismus  | ▲ |
| ● Zweite Moderne mit einer egalitären Gesellschaft freier und solidarisch verbundener Bürger/innen   | — |

Könnte es die Möglichkeit geben, die mit der Akkumulation und Konzentration von Geld-, Boden- und Realkapital einhergehenden Fehlentwicklungen der ersten Moderne zu überwinden? Montesquieu sprach seinerzeit von der Notwendigkeit einer „Gleichheit der Talente und Vermögen“ und davon, dass „wirkliche Gleichheit ... in der Demokratie die Seele des Staates ist“. Lässt sich in diesem Sinne als Zukunftsperspektive eine zweite Moderne denken, in der sich das Ziel einer egalitären Bürgergesellschaft nach den historischen Umwegen über den Früh- bis Turbokapitalismus und den Abstürzen in totalitäre Herrschaftssysteme doch noch auf der Grundlage einer allgemeinen Dezentralisierung des Kapitals erreichen lässt?

Die Geld- und Bodenreformbewegung geht davon aus, dass die (Fehl-)Entwicklung der modernen industriekapitalistischen Bürgergesellschaft zu einer hierarchisch geschichteten bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft bis hin zu ihren Abstürzen in menschenverachtende Diktaturen von Anfang an auf eine schiefe Bahn geraten ist, weil sie in zweierlei Hinsicht auf einem fehlerhaften Fundament aufgebaut war:

- Zum einen war das Geld entgegen der Auffassung der Klassik nicht nur ein dienendes Tausch- und Kreditmittel, sondern es war auch ein Mittel zur Ausübung von struktureller wirtschaftlicher und politischer Macht. Das Geld wirkte als gesellschaftliches Integrationsmittel und zugleich spaltete es die Gesellschaft auch. Es bewirkte eine Akkumulation und Konzentration von Geld- und Realkapital in den Händen von privilegierten Minderheiten, während lohn- und gehaltsabhängig arbeitende Mehrheiten gleichsam von den Produktionsmitteln entblößt waren.
- Zum anderen genügte die Aufteilung von feudalen Großgrundbesitzungen und die Zersplitterung des Bodeneigentums in viele privatisierte Grundstücke noch nicht, um den Boden einschließlich aller natürlichen Lebensgrundlagen von ihren problematischen Eigenschaften als Handelswaren, Kapitalgütern und Spekulationsobjekten zu entkleiden und sie zu Gemeinschaftsgütern aller Menschen zu machen.

Für die Geld- und Bodenreformbewegung ist die Zukunft freilich offen. Für sie gibt es keine historische Gesetzmäßigkeit wie für den historischen Materialismus, demzufolge die Geschichte nach der Urgesellschaft, dem Feudalismus und dem Kapitalismus zwangsläufig zum Kommunismus fortschreiten sollte. Für sie gibt es nur die Hoffnung, dass eine „Marktwirtschaft ohne Kapitalismus“ auf die kapitalistischen und totalitären Fehlentwicklungen der ersten Moderne folgen könnte, bevor die multiplen sozialen und ökologischen Krisen in große Katastrophen übergehen.

Im **Kapitel 2** wird gezeigt, dass die liberalen Klassiker die beiden großen Fehler im Fundament der bürgerlichen Marktgesellschaft nicht erkannt haben. Für Adam Smith war das Geld bloß ein unverdächtiges ‚neutrales‘ Tauschmittel ohne Einfluss auf realwirtschaftliche Vorgänge. Zudem waren Kapitalzins, Bodenrente und Arbeitslohn für ihn wie selbstverständlich die drei gleichermaßen ‚natürlichen‘, durch Leistungen gerechtfertigten Einkommensarten. Für Smith war es auch bereits normal, dass ein Unternehmer die Herrschaft über viele von ihm abhängige Lohnarbeiter innehatte, und ganz selbstverständlich erwartete er auch ein unbegrenztes Wachstum des „Wohlstands der Nationen“. Statt die in sich widersprüchliche Fehlentwicklung der Marktwirtschaft zu einer laissez-faire-kapitalistisch deformierten Marktwirtschaft in Erinnerung an ihr ursprüngliches Gleichheitsideal zu korrigieren, wurde aus dem progressiven Liberalismus ein Besitzstände verteidigender Liberalkonservatismus.

Die englischen und französischen Frühsozialisten Robert Owen, Henri Saint-Simon und Charles Fourier begegneten dem Gegensatz zwischen konzentriertem Kapital und eigentumsloser Lohnarbeit mit der Gründung von Gewerkschaften und Genossenschaften sowie mit alternativen Siedlungsprojekten; aber die strukturellen Privilegien des Geldes und des privaten Bodeneigentums durchschauten auch sie noch nicht.

Im **Kapitel 3** geht es um die leidenschaftliche Anklage der Lohnabhängigkeit des entrechteten Proletariats durch Karl Marx & Friedrich Engels. Sie erkannten allerdings nicht den Widerspruch zwischen dem ursprünglichen Liberalismus und seiner realen Verfälschung durch kapitalistische Privilegien und wandten sich stattdessen pauschal gegen die „anarchische“ arbeitsteilige Warenproduktion mit ihrem „Waren- und Geldfetischismus“ sowie gegen das Privateigentum und den Wettbewerb. Hierin sahen Marx & Engels die Hauptmerkmale des modernen Kapitalismus. Einerseits forderten sie eine Abschaffung von Markt, Geld, Privateigentum und Wettbewerb; andererseits wollten sie mit ihrer Forderung nach einer Verstaatlichung der privat konzentrierten Produktionsmittel die Kapitalkonzentration als solche aber gar nicht rückgängig machen. Die frühsozialistische Vorstellung einer Vergesellschaftung der Produktionsmittel in Form ihrer breiten Dezentralisierung in viele kleinere und mittlere Unternehmen verurteilten sie ausdrücklich als eine kleinbürgerliche Absurdität. Stattdessen wollten Marx & Engels die Kapitalkonzentration noch geradezu auf eine proletarisch-staatliche Spitze treiben, um das Tor zu einer zentral geplanten „schrankenlosen Steigerung der Produktivkräfte“ zu öffnen. Nur weil sie ihre Fundamentalopposition gegen Warenproduktion, Geld, Privateigentum und Wettbewerb mit dem modernen Glauben an den technischen

Fortschritt verbanden, fiel nicht sogleich auf, dass sie im Kern antimodern war und die Gefahr einer Refeudalisierung von Wirtschaft und Gesellschaft in sich barg.

Erste in die Richtung einer Dezentralisierung von Geld- und Realkapital weisende Denkansätze gab es bei dem liberalen Ökonomen John Stuart Mill in England und bei dem von Marx bekämpften französischen Sozialreformer Pierre Proudhon. Sie werden im **Kapitel 4** beschrieben. Proudhon und Mill erkannten auf je eigene Weise sehr deutlich, dass die mit dem Privateigentum am Boden verbundenen Privilegien die Chancengleichheit auf den Märkten aufhoben. Aber während Proudhon auch schon das „Königtum des Geldes“ überwinden wollte und „zinslose Kredite“ anstrebte, blieb Mill in Bezug auf das Geld noch ein Klassiker. Jedoch wollte er dem klassischen Liberalismus eine soziale Form geben und stellte sich auf längere Sicht einen Übergang von Aktiengesellschaften zu Genossenschaften vor. Als erster Ökonom überhaupt problematisierte Mill die Geschlechterhierarchie und er äußerte schon 1848 den Gedanken, dass das wirtschaftliche Wachstum eines Tages aufgrund von Sättigungsphänomenen in einen stationären Zustand übergehen werde.

Ansätze einer Kritik an der strukturellen Macht des Geldes gab es auch schon in den Frühschriften von Marx & Engels und in ihren späteren Schriften spiegelte sich wider, wie sich im Laufe des 19. Jahrhunderts die Macht vom Industrie- zum Finanzkapital verschob. An die Stelle der vorwiegend mit Eigenkapital wirtschaftenden Firmengründer, die noch Unternehmer und Kapitalisten in einer Person waren, traten mehr und mehr große anonyme Kapitalgesellschaften, die viel Fremdkapital bei Banken aufnahmen und von Managern verwaltet wurden. Im **Kapitel 5** wird geschildert, wie für die Arbeiterbewegung dennoch die von Marx im Band 1 des „Kapital“ begründete Forderung nach einer Verstaatlichung aller Unternehmen einschließlich der Banken maßgebend blieb. Nachdem der staatlich organisierte Monopolkapitalismus den frühen Laissez-faire-Kapitalismus der sog. freien Konkurrenz abgelöst hatte, erzwangen russische Bolschewisten unter der Führung Lenins die Verstaatlichung der gesamten Wirtschaft mit revolutionär-gewaltsamen, diktatorischen Mitteln. Im Gegensatz dazu sollte der westeuropäische Monopolkapitalismus nach den Vorstellungen von Rudolf Hilferding und Fritz Naphtali auf demokratischem Weg in eine Sozialistische Produktionsweise übergehen, sobald er hierfür „reif“ sei.

Im **Kapitel 6** geht es um die bürgerlichen Antworten auf den Marxismus – vor allem um die Kapitalismusanalysen der Soziologen Georg Simmel und Max Weber. Auch für sie war der moderne Kapitalismus, den Weber als ein „stahl-

hartes Gehäuse“ bezeichnete, ein sehr widersprüchliches Phänomen. Einerseits trug das Geld als Tausch- und Kreditmittel eine sehr hohe Rationalität in die Wirtschaft hinein – andererseits ging es mit einer enormen Machtentfaltung des Kapitals einher. Deutlicher als Weber sprach Simmel von einem „Superadditum des Geldes“. Aber weder Weber noch Simmel drangen tiefer bis zur Wurzel der strukturellen Macht des Geldes vor. Beide suchten sie deren Ursache nicht wie Marx & Engels in den materiellen Produktionsverhältnissen, sondern in geistig-kulturellen Phänomenen wie der protestantischen Ethik. Sombart verortete die tiefere Wurzel der Machtentfaltung sogar in Charaktermerkmalen von Großbürgern und verirrte sich in antisemitische Ressentiments. Keiner dieser drei Soziologen konzipierte Auswege aus den Widersprüchen der kapitalistischen Marktwirtschaft.

Um die ideengeschichtliche Suche nach nichtmarxistischen Auswegen aus der kapitalistisch pervertierten Marktwirtschaft geht es im **Kapitel 7** des Buches über die bodenreformerischen Denkansätze von Henry George und Franz Oppenheimer sowie über den geldreformerischen Denkansatz von Silvio Gesell. Im Windschatten der großen Orthodoxien von Klassik/Neoklassik und Marxismus wollten George und Gesell als Außenseiter in der „Unterwelt der Ökonomie“ (Keynes) und Oppenheimer am Rande der Soziologie auf jeweils eigene und zuweilen auch unterschiedliche Weise zeigen, wie sich die innere Widersprüchlichkeit der kapitalistischen Marktwirtschaft besser als durch eine die Kapitalkonzentration noch forcierende staatliche Planwirtschaft überwinden lassen könnte. Nicht das Privateigentum und den Wettbewerb an sich machten sie für die sozialen Missstände im Laissez-faire-Kapitalismus verantwortlich, sondern die Konzentration von Privateigentum in den Händen von Kapitalisten und die Beschränkungen des Wettbewerbs durch Mono- und Oligopole. Teilweise in Anknüpfungen an Mill und Proudhon konzipierten George, Oppenheimer und Gesell eine monopolfreie „Marktwirtschaft ohne Kapitalismus“. Sie entwickelten Vorstellungen über eine Umwandlung des Bodens und der Ressourcen in allen Menschen gehörende Gemeinschaftsgüter. Gegen Entgelte, die an die Öffentlichkeit zurückfließen, sollten sie privat genutzt werden können. Gesell fügte dem die Idee hinzu, das strukturell mächtige Geld in „rostende Banknoten“ umzuwandeln, d.h. seine eigenmächtige vorübergehende Nichtverwendung als dienendes Tausch- und Kreditmittel mit einer Liquiditätsgebühr von 5 % im Jahr zu belegen. Auf diese Weise sollte der strukturelle Vorteil des Geldes als hortbares und unabhängig von Raum und Zeit liquides Machtmittel neutralisiert und das Geld auf seine bloß dienende Tausch- und Kreditmittelfunktion beschränkt werden. Wenn das Geld auf diese Weise seine Akkumulations- und Konzentrationskraft verliere – Marx hatte sie auf die

Formeln  $G - W - G'$  bzw.  $G - G'$  gebracht – , könne das Eigentum an den Produktionsmitteln in vielen kleineren und mittleren Unternehmen breit und annähernd gleich gestreut werden. George, Gesell und Oppenheimer ging es letztlich darum, die kapitalistischen Fehlentwicklungen der ersten Moderne zu korrigieren, indem Warenproduktion, Geld, Privateigentum und Wettbewerb nicht beseitigt, aber von ihren kapitalistischen Deformationen befreit werden. Im Sinne des Leitbildes „Freiheit – Gleichheit – Brüderlichkeit“, das am Anfang der ersten Moderne gestanden hatte, wollten sie mit der Behandlung von Boden und Ressourcen als Gemeinschaftsgütern sowie mit einem neutralisierten und verteilungsgerechten Geld die Grundlagen für eine zweite Moderne mit einer egalitär-herrschaftsfreien Bürgergesellschaft legen.

## Band 2

Über diese alternativen Denkansätze sind die Hauptströmungen der bürgerlichen Ökonomie und Wirtschaftssoziologie ebenso wie der Marxismus seit den 1920er Jahren zumeist hinweggegangen. Das **Kapitel 8** des Buches enthält einen kursorischen Überblick über diese Hauptströmungen.

Die Neoklassik bestritt eine kapitalistische Verfälschung der Marktwirtschaft und wies jegliche Kritik an der ungerechten Verteilung mit ihrem Postulat zurück, dass das Geld bereits neutral sei und nicht erst noch neutralisiert werden bräuchte. Zudem verfeinerte sie in ihren Theorien über die Grenzproduktivitäten der drei Produktionsfaktoren Arbeit, Boden und Kapital noch die klassische Rechtfertigung von Arbeitslöhnen, Bodenrenten und Kapitalzinsen einschließlich Dividenden als ‚natürliche‘, durch Leistungen gerechtfertigte Einkommensarten. Hierin sah ihr Kritiker Otto Conrad die eigentliche „Todsünde der Nationalökonomie“. Im Schatten dieser falschen Verteilungstheorie konnte die Akkumulation und Konzentration von Geld-, Boden- und Realkapital unbehelligt fortschreiten. Einerseits schuf die Neoklassik eine realitätsferne Modellwelt mit ‚freien Märkten‘, die sich angeblich immer selbst im Gleichgewicht stabilisieren würden. Andererseits und geradezu im Widerspruch zu ihrer Rhetorik vom ‚freien Wettbewerb‘ rechtfertigte sie in ihrer Wettbewerbstheorie die Monopolisierung der Märkte durch haftungsbeschränkte Kapitalgesellschaften und Kartelle. Ohne deren Umsetzungen des technischen Fortschritts in großindustriellen Massenproduktionen ließe sich kein allgemeiner Wohlstand erzeugen.

Im Laufe der Zeit blendete die Neoklassik den Boden noch ganz aus ihrer Produktionsfunktion aus. Indem sie das Sozialprodukt nur noch als Resultat des Einsatzes von konzentriertem Kapital und eigentumsloser Lohnarbeit sowie

von technischem Fortschritt definierte, machte sie zum einen das Unrecht der privaten Aneignung der Bodenrente unsichtbar und zum anderen verdrängte sie die Einsicht, dass sich die Knappheit von Boden und Ressourcen als Grenze für das wirtschaftliche Wachstum erweisen könnte.

Joseph A. Schumpeter stand zwischen der Neoklassik einerseits und dem Marxismus und seinen Epigonen wie Hilferding und Naphtali andererseits. Die Vorstellung eines monopolfreien Wettbewerbs hielt er ganz entschieden für eine abwegige Fiktion. Stattdessen feierte er geradezu die technische Innovationskraft kapitalistischer Großunternehmen und forderte Innovationen als „schöpferische Zerstörungen“ alter durch neue Technologien. Im Gegensatz zum totalitären Bolschewismus erwartete Schumpeter einen demokratischen Übergang vom Organisierten Monopolkapitalismus in eine Sozialistische Produktionsweise und reduzierte dabei sein Demokratieverständnis auf eine durch Wahlen vollzogene Auswechslung von Eliten.

Trotz mancherlei Unterschiede im Detail, die es zwischen der Neoklassik, Schumpeter und Demokratischen Sozialisten gab, fußten sie alle auf der seit der Klassik tradierten falschen Rechtfertigung von Kapitalzinsen, Bodenrenten und Arbeitslöhnen als ‚natürlichen‘ Einkommensarten. Alle betrachteten sie die Akkumulation und Konzentration von Geld-, Boden- und Realkapital als unverzichtbare Voraussetzung für die Wohlstandssteigerung durch die großindustrielle Massenproduktion. Und die von den Produktionsmitteln getrennte lohn- und gehaltsabhängige Arbeit erklärten sie zur ‚ganz normalen‘ Form der Arbeit.

Auch John Maynard Keynes neigte während der 1920er Jahre noch der Auffassung zu, dass die Tendenz zur Ablösung des Wettbewerbs zwischen kleinen und mittleren Unternehmen durch einen Organisierten Kapitalismus mit staatlich reglementierten Großunternehmen und Korporationen nicht aufzuhalten sei. Unter dem Eindruck der Großen Weltwirtschaftskrise ab 1929 begann er jedoch, die damals schwer angeschlagene neoklassische Orthodoxie auf eine andere Weise zu revolutionieren als Marx oder Schumpeter. Als kurzfristig wirkendes Mittel gegen die große Krise empfahl Keynes die Schaffung staatlicher Nachfrage als Ersatz für unwirksam gewordene Teile der privatwirtschaftlichen Nachfrage. Mit Schulden finanzierte staatliche Interventionen in die ‚freien‘ Märkte sollten die schwankende Konjunktur kurzfristig wieder stabilisieren.

Nach und nach entwickelte Keynes jedoch auch ein Verständnis für die geldreformerische Idee, zeitweise nachfrageunwirksam gewordenenes Geld durch die Einführung einer Liquiditätsgebühr („künstliche Durchhaltekosten“) in eine

stetige Bewegung zu versetzen. Allerdings erschienen ihm Gesells „rostende Banknoten“ in praktischer Hinsicht noch nicht genügend ausgereift, um sie als einen in großem Stil realisierbaren Ausweg aus der Krise empfehlen zu können. Immerhin sah Keynes in einer Strukturreform des Geldes eine Langzeitperspektive für einen „wirtschaftspolitischen Gezeitenwechsel“, bei dem die Geld- und Realkapitalrenditen binnen einer Generation auf null sinken könnten. Die Bodenrente hielt er ebenfalls nicht für ein durch Arbeitsleistungen gerechtfertigtes Einkommen, untersuchte sie aber nicht näher. Davon abgesehen hielt Keynes einen allmählichen Übergang der kapitalistischen Marktwirtschaft in ein marktwirtschaftliches, aber nicht mehr kapitalistisches „quasi-stationäres Gemeinwesen“ für möglich. Seine Nachfolger haben diese Denkanstöße jedoch nicht weiter beachtet. Stattdessen konzentrierten sie sich allein auf die Überlegung, große Wirtschaftskrisen antizyklisch mit Hilfe von Deficitspending und staatlichen Interventionen in die Märkte zu bekämpfen. Schließlich entwickelten Keynes' Nachfolger Theorien, wonach Unternehmen und Staaten gemeinsam ein wirtschaftliches „Golden-Age-Wachstum“ generieren sollten, um zukünftige Krisen unmöglich zu machen.

Auch der Wirtschaftssoziologe Karl Polanyi beschäftigte sich mit der Rolle von konzentriertem Kapital und Boden sowie der vom Eigentum entblößten Lohnarbeit bei der ersten „Großen Transformation“ der Wirtschaft vom Feudalismus in den modernen Kapitalismus. Aber er entwarf noch keine Umriss einer zweiten „Großen Transformation“ vom modernen Kapitalismus zu einer „Marktwirtschaft ohne Kapitalismus“. Seine Zukunftsvorstellungen gingen eher in die Richtung einer Rückkehr zu archaischen Wirtschaftsformen.

Schließlich enthält das **Kapitel 8** noch eine ausführliche Auseinandersetzung mit der Wirtschaftsideologie des Nationalsozialismus. Auch sie zog den Akkumulations- und Konzentrationsmodus der kapitalistisch verfälschten Marktwirtschaft in keiner Weise in Zweifel. Im Gegenteil – mit einem brachialen antisemitischen und rassistischen Antiegalitarismus traten der Nationalsozialismus und seine Wirtschaftsideologie dem ursprünglichen Freiheits- und Gleichheitsideal von Humanismus, Aufklärung und klassischem Liberalismus diametral entgegen und zogen die ganze Welt nach der großen Weltwirtschaftskrise in einen barbarischen Abgrund hinab. Die Auseinandersetzung mit der NS-Ideologie und ihrer Wirtschaftsideologie ist auch deshalb zwingend notwendig, weil sie mit der Reichserbhofgesetzgebung und der Parole „Brechung der Zinsknechtschaft“ antisemitisch-rassistische Perversionen der Geld- und Bodenreform enthielt. Es bedarf also einer klaren Differenzierung zwischen Original und Fälschung. Außerdem entstand nach 1945 während der Jahrzehnte des Kalten Krieges der zu kurz gedachte Eindruck, dass es nur um ei-

nen Dritten Weg als Alternative zu Kapitalismus und Kommunismus gehe. Tatsächlich muss es um eine Alternative zur kapitalistisch deformierten Marktwirtschaft und zu jeglichen totalitären Herrschaftssystemen gehen.

Das **Kapitel 9** behandelt den Ordoliberalismus, der während der NS-Diktatur in der inneren und äußeren Emigration als Antwort auf den Laissez-faire-Kapitalismus sowie die totalitären Herrschaftsformen des Faschismus und Nationalsozialismus einerseits und des Kommunismus andererseits entstand. Besonders Walter Eucken und Franz Böhm wollten die ur-liberale Vorstellung einer „vollständigen Konkurrenz“ wiederbeleben. Sie entwarfen deshalb eine freiheitlich-rechtsstaatliche Rahmenordnung für einen von jeglichen Monopolen, von Haftungsbeschränkungen sowie von Patent- und Markenprivilegien freien Wettbewerb zwischen vielen kleineren und mittleren Unternehmen, die sie sich allerdings noch mehr als Familienunternehmen mit traditionellen Rollenverteilungen denn als Genossenschaften vorstellten. Alexander Rüstow und Wilhelm Röpke vervollständigten dieses marktwirtschaftliche Gegenmodell zur Beherrschung der Märkte durch die Gigantomanie von großen Konzernen. Die frühen Ordoliberalen wandten sich auch gegen den Glauben, dass der technische Fortschritt allein durch in Massen produzierende Großunternehmen nutzbar gemacht werden könne. Allerdings fehlte auch ihnen wie schon dem klassischen Liberalismus noch immer ein tieferes Verständnis für die Verfälschung des Wettbewerbs nicht nur durch Privilegien des Gesellschafts-, Haftungs-, Patent- und Markenrechts, sondern auch durch die strukturelle Macht des Geldes und durch die Privilegien des privaten Boden- und Ressourceneigentums. Durch Einflüsse von Friedrich August von Hayek sowie vom damaligen deutschen Wirtschaftsminister Ludwig Erhard weichte der Ordoliberalismus seine ursprüngliche antimonopolistische Haltung vollends auf und ließ der erneuten Monopolisierung der Märkte in der „Sozialen Marktwirtschaft“ ihren Lauf.

Das **Kapitel 10** behandelt die von Leopold Kohr, Ernst Friedrich Schumacher und Ivan Illich in den 1950er bis 1970er Jahren initiierte Small is beautiful-Bewegung. Ähnlich wie der Ordoliberalismus strebte auch sie eine „Wirtschaft nach menschlichem Maß“ und die Entwicklung von „mittleren Technologien“ (Schumacher) an. Die Small-is-beautiful-Bewegung zweifelte auch den dogmatischen Glauben an die Möglichkeit eines dauerhaften grenzenlosen Wachstums einer „Wolkenkratzer-Ökonomie“ (Kohr) an, in dem nunmehr Postkeynesianer, Neoklassiker und Anhänger einer im Sinne von Schumpeter mit technischen Innovationen angetriebenen „schöpferischen Zerstörung“ zusammenfanden. Nur erkannte auch die Small is beautiful-Bewegung noch nicht die im

kapitalistischen Geld und im privaten Eigentum am Boden und an den Ressourcen liegenden tieferen Ursachen der sozialen Ungleichheit und des umweltschädlichen Größenwachstums der Wirtschaft. Gleichwohl ließen sich sowohl im kapitalistischen Westen mit verschiedenen Mitarbeiterunternehmen als auch im kommunistischen Osten mit der jugoslawischen Arbeiterselbstverwaltung erste praktische Erfahrungen mit einer Dezentralisierung von Kapital und Entscheidungsbefugnissen machen.

Nach dem kurzen Intermezzo des von Keynes abgeleiteten Staatsinterventionismus begannen um die Mitte der 1970er Jahre – theoretisch flankiert von Hayek und Milton Friedman – die weitere Steigerung der strukturellen Macht des Geldes und der Siegeszug der neoliberalen Trinität von Liberalisierung, Privatisierung und Deregulierung. Um ihn geht es im **Kapitel 11**. Der Neoliberalismus öffnete gleichsam die Flasche, aus der der Geist der Entfesselung der internationalen Finanzmärkte und ihrer Verselbstständigung gegenüber der Realwirtschaft entweichen konnte. Zugleich entstanden mit den neuen Kommunikations- und Informationstechnologien jene technischen Hilfsmittel, die das hochkonzentrierte Finanz- und Realkapital brauchte, um fortlaufend neue „Finanzinnovationen“ zu kreieren und bei seiner Jagd nach Renditen in Sekundenschnelle um den ganzen Erdball vagabundieren zu können. Und auch die dadurch immer mehr in die Defensive geratenen demokratischen, zunehmend von Macht durchsetzten Rechtsstaaten ebenso wie die totalitär regierten Staaten brauchten diese modernen Technologien, um ihre an ihre Grenzen gekommenen Bürokratien leistungsfähiger zu machen. Nach dem Zusammenbruch des Sowjetimperiums im Herbst 1989 setzte der Neoliberalismus seinen Siegeszug weltweit fort – auch in dem in politischer Hinsicht kommunistisch gebliebenen China.

Leider konnten die gesellschaftskritischen Kräfte in den Wissenschaften, vor allem in der Kritischen Theorie der Frankfurter Schule der Soziologie, und in der Zivilgesellschaft diesem sich selbst beschleunigenden globalen Turbokapitalismus noch kein gesellschaftliches Alternativmodell entgegenstellen. Zwar hatte Marx' Fundamentalkritik an der arbeitsteiligen Warenproduktion sowie am Geld, Privateigentum und Wettbewerb inzwischen ebenso an Überzeugungskraft verloren wie zentralverwaltungswirtschaftliche Gegenentwürfe. Da jedoch Marktwirtschaft und Kapitalismus immer noch für zwei Seiten ein und derselben Medaille gehalten wurden, lag es weiterhin außerhalb der Vorstellungskraft von wissenschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Gesellschaftskritiker/innen, dass dem Geld seine strukturelle Machtstellung genommen werden und dass sich daraus eine marktwirtschaftliche Alternative zum Kapitalismus ergeben könnte. So blieb die dem Geld innerwohnende Kraft unbe-

hellt, aus Geld noch mehr Geld zu machen und dabei strukturelle Gewalt gegen Menschen *aller* Herkünfte und Hautfarben und gegen die Umwelt auszuüben. Und so gab es nur realpolitische Bestrebungen, die weiterhin auf der Kapitalakkumulation und -konzentration beruhende kapitalistisch deformierte Marktwirtschaft gleichsam von außen durch Maßnahmen zum Schutz von abhängig arbeitenden Menschen und der Umwelt zu zähmen.

Dabei verstärkten sich nach dem Erscheinen der „Grenzen des Wachstums“ (1972) zunächst noch Zweifel sowohl am westlichen Wachstumsglauben als auch an der von Marx & Engels postulierten „schrackenlosen Entfesselung der Produktivkräfte“. Im Laufe der 1980er Jahre wurden sie jedoch schon bald durch den Irrglauben an ein „Wachstum der Grenzen“ verdrängt. Die Wirtschaft lasse sich in einem „Green Capitalism“ allein durch ressourcen- und energieeffizientere Technologien ökologisch modernisieren. Im Windschatten dieser Fehleinschätzung hatten immerhin einige wenige Ökonomen wie Hans Christoph Binswanger, Gerhard Scherhorn und Hans Georg Nutzinger auch ein gewisses Verständnis für die Notwendigkeit einer Entkapitalisierung von Geld und Boden/Natur. Und Niko Paech gab wichtige Anstöße zum Nachdenken über eine Postwachstumsökonomie.

### **Band 3**

Nach diesem breit angelegten Streifzug durch die Geschichte der ökonomischen Theorien und einer Anknüpfung an die Analysen des „kapitalistischen Weltsystems“ von Fernand Braudel und Immanuel Wallerstein geht es im **Kapitel 12** um den Versuch einer Orientierung in der noch unübersichtlichen gegenwärtigen Lage. Im Mittelpunkt stehen dabei die neuere Negativzinsentwicklung einschließlich ihrer Unzulänglichkeiten und Widersprüchlichkeiten sowie die bisherige wissenschaftliche Rezeption der geldreformerischen Denkansätze in diesem Kontext.

Die Geldpolitik mit Negativzinsen kommt zwar der Geldreform einen Schritt entgegen, indem geringe Negativzinsen für Guthaben von Geschäftsbanken bei Zentralbanken erhoben werden. Aber bislang fehlt ihr das entscheidende Kernstück: die Neutralisierung des gesamten Zentralbankgeldes durch seine Belegung mit „künstlichen Durchhaltekosten“ (Keynes). Diesen Mangel versucht die Geldpolitik notdürftig mit dem massenhaften Ankauf von Staats- und Unternehmensanleihen zu kompensieren (Quantitative Easing), was jedoch sehr problematische Nebenwirkungen hat. So kann das widersprüchliche Geflecht aus Negativzinsen und Inflation als Betrug an den Sparern hingestellt wer-

den, um unter Berufung auf ein angebliches Recht auf Renditen eine Rückkehr zu dauerhaft positiven Zinsen zu fordern.

Wenn demgegenüber eine Liquiditätsgebühr auf Geld erhoben würde, könnte sich die bislang auf sehr komplexe und widersprüchliche Weise gestörte Geldzirkulation verstetigen und entschleunigen. Infolgedessen würde eine exakte Dosierung der Geldmenge möglich, was wiederum nach einer Übergangszeit auf eine mittel- und langfristige Kombination aus einer Nullinflation und -deflation und eines um null pendelnden Zinsniveaus hinauslaufen könnte. Dadurch könnten arbeitende und sparende Menschen gerecht verteilte Lebenschancen und eine über längere Zeiträume stabil bleibende Existenzsicherheit erhalten – vor allem dann, wenn der Allgemeinheit auch noch die entprivatisierten Boden-, Ressourcen- und Klimarenten zugutekämen. Zweifellos bedarf es ergänzender Reformen im Bereich von Staat und Steuern einschließlich internationaler Steuern wie der Tobin-Tax und einer Schließung von Steuer-oasen. Im Bereich der Unternehmen müssen Haftungsbeschränkungen sowie Patent- und Markenprivilegien aufgehoben werden. Das hat der frühe Ordoliberalismus sehr viel deutlicher erkannt als vor ihm die Geld- und Bodenreformer. Und im Bereich der Banken müssen – wie seit dem Beginn der Weltfinanzkrise von 2008 vielfach gefordert – Maßnahmen zur Bändigung der Finanzmärkte hinzukommen, u.a. die Einführung höherer Eigenkapitalquoten bei Banken, eine Trennung von Geschäfts- und Investmentbanken oder ein Verbot von Leerverkäufen.

Die aktuellen Entwicklungen auf den Immobilien- und Aktienmärkten machen deutlich, wie dringend notwendig eine Weiterentwicklung der Negativzinspolitik im Sinne der Geldreform und ihre Ergänzung durch Reformen von Boden-/Ressourcenordnung, Unternehmensverfassung und Steuerrecht wären. Zusätzlich zum Boden und zu den Ressourcen bedarf auch die Erdatmosphäre einer Behandlung als Gemeinschaftsgut der gesamten Menschheitsfamilie, d.h. ihre private Nutzung darf im Rahmen ökologischer Begrenzungen nur gegen Entgelte möglich sein und das Gesamtaufkommen dieser Nutzungsentgelte muss in gleichen pro-Kopf-Beträgen an die gesamte Menschheit zurückfließen.

Sodann werden zeitgenössische sowohl linksintellektuelle als auch rechtspopulistische Formen der Kritik an der kapitalistischen Globalisierung beleuchtet. Wie in den 1970er bis 1990er Jahren sind auch in den Jahren seit dem Beginn der Weltfinanz- und Eurokrisen (2008 bzw. 2011) die linksintellektuellen Gegenentwürfe noch immer unzureichend. So konnte ein gedankliches Vakuum entstehen, das sich in Besorgnis erregendem Umfang mit

dumpfen rechtspopulistischen und rechtsextremistischen Desorientierungen füllt.

Im **Kapitel 13** wird die Realutopie einer „Marktwirtschaft ohne Kapitalismus“ in Anknüpfung an ihre im Kapitel 7 dargestellten ideengeschichtlichen Wurzeln mit aktuellen Bezügen und Fortentwicklungen systematisiert. Auf der Grundlage eines auf zivilisierten Eigeninteressen, sozialer Verantwortung und Fairness beruhenden Menschenbildes werden die wichtigsten Auswirkungen einer Reform von Geldwesen und Boden-/Ressourcenordnung sichtbar gemacht. Aus ihr können sich Chancen für eine Dezentralisierung und Egalisierung der Arbeitswelt, für eine Einebnung der Geschlechterhierarchie und für ein Wirtschaften ohne Wachstumsimperativ ergeben – in einzelnen Ländern wie auch in Europa und in der Weltwirtschaft. Letztlich geht es überall darum, Hierarchien und Rivalitäten um Vormachtstellungen zu überwinden, dabei auch das Jahrhunderte alte koloniale und neokoloniale Gefälle zwischen Nord und Süd allmählich einzuebnen und den Weg für eine egalitäre Weltgesellschaft von freien und solidarisch miteinander verbundenen Weltbürgerinnen und Weltbürgern zu bereiten. Erinnert wird unter anderem an den Bancor-Plan für eine gerechte Weltwährungsordnung, mit dem John Maynard Keynes schon während des Zweiten Weltkriegs eine bahnbrechende gedankliche Vorarbeit für einen zukünftigen Weltfrieden geleistet hat. Die Schaffung einer gerechten Weltwährungsordnung könnte ebenso zu einer konstruktiven Gestaltungsaufgabe der Vereinten Nationen werden wie der Aufbau einer gerechten Verwaltung der globalen Ressourcen und des Weltklimas. Im Zuge der Schaffung eines gleichen Teilhaberechts aller Menschen auf der ganzen Welt an den sozialen und natürlichen Lebensgrundlagen würde die Erde von einem Zankapfel zu einem gemeinschaftlichen Menschheitsgut werden, womit auch jede von Großraumphantasien und Machtinteressen geleitete Geopolitik hinfällig würde.

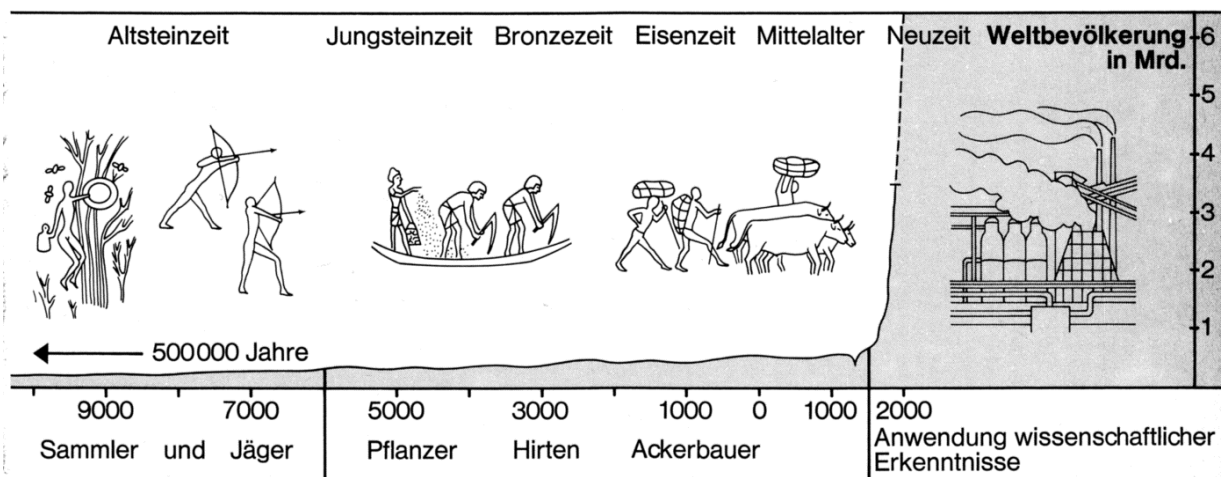
Schließlich steht jede Realutopie früher oder später vor der Frage, auf welchem politischen Weg ihre Verwirklichung möglich werden könnte. Deshalb werden im **Kapitel 14** demokratie- und transformationstheoretische Fragen behandelt. Zum Schluss wird die Frage gestellt, ob die gegenwärtige Coronapandemie ein Katalysator für einen grundlegenden gesellschaftlichen Wandel sein könnte.

## Weiter so oder wirtschaftspolitische Kurskorrektur?

Die hier zusammengefassten und im Buch „Marktwirtschaft ohne Kapitalismus“ ausführlicher dargelegten ideengeschichtlichen, ordnungspolitischen und realutopischen Überlegungen verstehen sich als Anstöße zu einem eigenständigen Weiterdenken, das die darin noch enthaltenen Schwächen korrigiert und seinen positiven Gehalt konstruktiv weiterentwickelt. Deshalb wird auch auf aktuelle Diskussionsstände und offene Forschungsfragen hingewiesen.

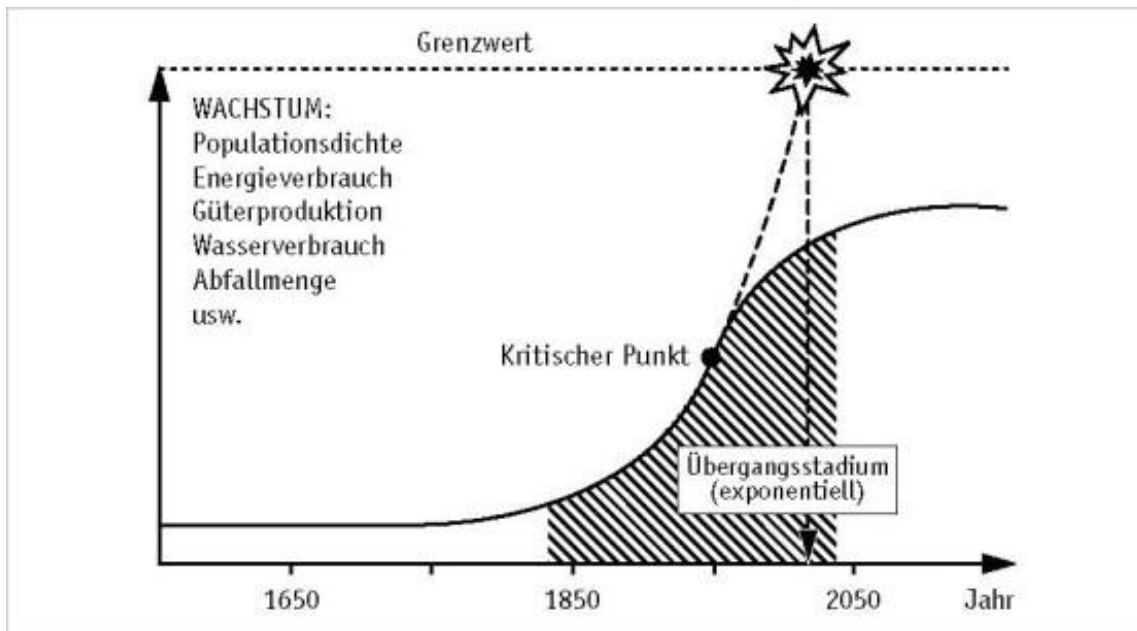
Da die Lektüre des ganzen Buches zeitaufwändig ist, können Interessierte sich ihm auch annähern, indem sie sich entsprechend ihrer eigenen gedanklichen Herkünfte nur erst einzelne Kapitel ansehen und dann entscheiden, ob sie sich auch in den Gesamtkontext vertiefen wollen.

Worum es bei alledem letztlich geht, soll abschließend anhand von zwei Grafiken verdeutlicht werden, die der Chemiker und Ökologe Frederic Vester schon vor mehreren Jahrzehnten angefertigt hat, um die Gefährlichkeit exponentieller Wachstumsprozesse und die „Grenzen des Wachstums“ für die Generationen vor und nach der Jahrtausendwende zu verdeutlichen:



**Abb.: Wachstumskurve der Menschheit**

aus: Frederic Vester, Das kybernetische Zeitalter – Neue Dimensionen des Denkens, Frankfurt/M. 1974, S. 309.



**Abb.: Logistische Wachstumskurve und Grenzwertüberschreitung**

aus: Frederic Vester, Leitmotiv vernetztes Denken – Für einen besseren Umgang mit der Welt, München 1988, S. 41.

Demnach befindet sich die Menschheit gegenwärtig bereits ‚hinter‘ einem „kritischen Punkt“ innerhalb einer Übergangszeit zwischen einem exponentiellen Wachstum und einem neuen stationären Gleichgewicht. Unausweichlich steht sie vor der Entscheidung, ob sie mehr als 200 Jahre nach der ersten „Großen Transformation“ (Polanyi) weiterhin in hohem Tempo auf große Katastrophen zusteuert oder ob es ihr noch gelingt, ihren Kurs durch einen Übergang zu bescheideneren Lebensstilen und durch institutionelle Reformen grundlegend zu korrigieren. Da von dieser Entscheidungszeit schon 50 Jahre ohne einen Einstieg in eine grundlegende Kurskorrektur verstrichen sind, wird es höchste Zeit, mit den gedanklichen Vorarbeiten für eine zweite, demokratiekonforme und gewaltfreie „Große Transformation“ in die Richtung einer zweiten Moderne mit einer sowohl freiheitlichen und gerechten als auch in ökologische Kreisläufe eingepassten Wirtschaft zu beginnen. In ihr soll nicht mehr die widersprüchliche Mischung aus Arbeitseinkommen und leistungslos angeeigneten Renteneinkommen akkumuliert und konzentriert werden können. Vielmehr können dann nur noch leistungsgerecht verteilte Arbeitseinkommen und rückverteilte Boden-, Ressourcen- und Klimanutzungsentgelte zur Bildung von sehr breit gestreutem Eigentum in kleineren und mittleren Größenordnungen führen. Und aus diesen gerecht verteilten Einkünften können auch Solidarbeiträge für Kinder, Kranke, Menschen mit Handicaps und Alte aufgebracht werden, die ihren Lebensunterhalt noch nicht oder nicht mehr aus eigener Kraft bestreiten können.

## **Onlineversion des vollständigen Buches**

Oldenburg 2019/2020. 15 Teile. Kostenloser Download auf der Website

<https://www.werner-onken.de/buecher/marktwirtschaft-ohne-kapitalismus-von-der-akkumulation-und-konzentration-in-der-wirtschaft-zu-ihrer-dezentralisierung.html>

## **Printausgabe**

München: oekom verlag, 2022. 3 Bände mit 432, 464 und 496 Seiten.

ISBN 978-3-96238-376-3

<https://www.oekom.de/buch/marktwirtschaft-ohne-kapitalismus-9783962383763>